



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände  
Conseil Suisse des Activités de Jeunesse  
Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili

Gerechtigkeitsgasse 12  
Postfach  
CH-3000 Bern 8  
T +41 31 326 29 29  
F +41 31 326 29 30

info@sajv.ch  
www.sajv.ch

Av. de Beaulieu 9  
CH-1004 Lausanne  
T +41 21 624 25 17  
F +41 21 624 30 41

info@csaj.ch  
www.csaj.ch

Bundesamt für Sport  
Markus Feller  
Hauptstrasse 245-253  
2532 Magglingen

Bern, 22. März 2012

## **Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (RiskV)**

### **Stellungnahme der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV ist der Dachverband der Schweizer Jugendorganisationen und vertritt in dieser Funktion die Anliegen ihrer rund 70 Mitgliedsorganisationen (Pfadibewegung Schweiz, Blauring/Jungwacht Schweiz, Cevi Schweiz, Pro Natura Jugend, Jugendrotkreuz usw.). In dieser Rolle nimmt die SAJV die Gelegenheit und ihre Aufgabe wahr, zu den Verordnungen über das Bergführerwesen und weitere Risikoaktivitäten Stellung zu nehmen:

### **Würdigung des Vorhabens**

Die SAJV begrüsst die Bestrebung grundsätzlich, das gewerbsmässige Anbieten von Risikoaktivitäten mit Hilfe von Bewilligungspflichten und Zertifizierungen besser zu regeln und damit die Sicherheit für die Menschen, welche diese Angebote nutzen, zu erhöhen. Aus Sicht der SAJV bleibt aber die Verordnung in mindestens zwei sehr relevanten Aspekten unklar, weshalb die folgenden Forderungen geltend gemacht werden:

## 1. Klare Definition der Gewerbsmässigkeit

Der Begriff „gewerbsmässig“ wird in der Verordnung (Art. 1, Geltungsbereich) nicht definiert. Somit bleibt unklar, ob damit nur gewinnorientierte Angebote von Risikoaktivitäten gemeint sind oder sämtliche Risikoaktivitäten, für die ein Entgelt verlangt wird. Gemäss des Bundesgerichtsentscheids (BGE 129 IV 188) braucht es eine „kritische Grösse eines erzielten Umsatzes und Gewinns“. Beim Tatbestand der Gewerbsmässigkeit muss also der kommerzielle, touristische Aspekt gegenüber dem pädagogischen Stellenwert überwiegen. Dies gilt es in der Verordnung entsprechend zu explizieren.

Obwohl Jugendorganisationen sowie zahlreiche Non Profit-Organisationen aus den Bereichen Natur- und Umweltschutz auf freiwilliger Arbeit beruhen, erheben sie für ihr Aktivitäten im freien Gelände zuweilen einen bescheidenen Unkostenbeitrag (Lagerbeitrag, Kurs- oder Exkursionskosten usw.). Die Verordnung muss klarstellen, dass diese Art von Aktivitäten nicht als gewerbsmässig zu klassifizieren und damit auch nicht bewilligungspflichtig sind.

## 2. Objektive Gefahr als massgebendes Kriterium für die Unterstellung von Aktivitäten

Art. 1, Abs. 3 des Gesetzes ermöglicht es dem Bundesrat, dem Gesetz Risikoaktivitäten zu unterstellen, welche vergleichbar sind mit denjenigen, die in Art. 1, Abs. 2 des Gesetzes bereits genannt sind. Dabei hat er sich an den objektiven Gefahren zu orientieren, mit denen bei diesen Aktivitäten zu rechnen ist.

Mit der Verordnung werden nun zusätzlich zu den im Gesetz genannten Risikoaktivitäten die WanderleiterInnen dem Gesetz unterstellt. Dabei wird nicht deutlich, welches Kriterium dabei massgebend war, denn von der Aktivität des Wanderns geht ja nicht grundsätzlich und in jedem Fall eine Gefahr aus. Ob von einer Wanderung eine Gefahr ausgeht, ist in Abhängigkeit vom Gelände zu definieren, in welcher sie durchgeführt wird. Diesbezüglich ist eine Inkohärenz zwischen Gesetz und Verordnung zu orten: In der Verordnung wird nicht mehr Bezug genommen auf den im Gesetz festgehaltenen Geltungsbereich (Art. 1, Abs. 1), der sich aufgrund der Risikoexposition des Geländes ergibt. Stattdessen wird auf eine Begriffsdefinition aus der Landwirtschaft Bezug genommen (Art. 2 der Verordnung), womit der Geltungsbereich insbesondere bei Bach- und Flussgebieten stark ausgeweitet auf ganze Geländekammern – und dies ohne, dass eine Risikoexposition berücksichtigt wurde, wie es Art. 1, Abs. 3 des Gesetzes eigentlich vorschreibt.

## Fazit

Obigen Ausführungen zufolge fordert die SAJV – insbesondere aus Rücksicht auf die Jugendorganisationen – die Trennung von gewerbsmässigen (profitorientierten) und nicht-gewerbsmässigen (nicht profitorientierten) Angeboten, eine Abgrenzung von Wanderungen mit Gefahrenexposition und solchen ohne Gefahrenexposition und in diesem Zusammenhang eine klarere Eingrenzung des Begriffs der Risikogebiete und der Risikoaktivitäten.

## Anträge

### Antrag 1:

Unterscheidung von gewerbsmässigen und nicht-gewerbsmässigen Angeboten

### Art. 1 Geltungsbereich

Abs. 1 (...)

Neu:

*Abs. 2 Aktivitäten nicht gewinnorientierter Organisationen sind vom Geltungsbereich ausgeschlossen.*

### Begründung:

#### 1. Jugend- und andere Freiwilligenorganisationen sind nicht gewinnorientiert

Natur- und erlebnisorientierte Aktivitäten von Jugendorganisationen sowie von nicht profitorientierten Natur- und Umweltschutzorganisationen sind nicht als gewerbsmässig zu klassifizieren, auch wenn dafür bescheidene Kurs-, Lager- oder Exkursionsbeiträge erhoben werden.

## 2. Klare Unterscheidung von Gewerbsmässigkeit und Nichtgewerbsmässigkeit

Der Begriff "Gewerbsmässigkeit" definiert das Bundesgericht in BGE 129 IV 188, wer "einen grossen Umsatz oder einen erheblichen Gewinn" erzielt. Der Begriff der Gewerbsmässigkeit liegt somit vor, wenn es sich um touristische Angebote gewinnorientierter Unternehmen handelt, bei denen das kommerzielle Anliegen höher gewichtet wird als das pädagogische Anliegen.

## 3. Verhältnismässigkeit der Bewilligungspraxis

Für Jugendorganisationen wären das Einholen von Betriebsbewilligungen für jeden einzelnen Aufenthalt im Gelände und/oder das Besuchen von zusätzlichen Kursen zu den bisherigen Aus- und Weiterbildungen (verbandsinterne Kurse, J+S-Kurse) nicht tragbar:

- erstens, weil sie sehr gross sind (die Pfadibewegung Schweiz alleine umfasst z.B. rund 600 Ortsgruppen, welche regelmässig Aktivitäten im Freien durchführen).
- zweitens, weil sie weitestgehend auf freiwilliger Arbeit beruhen. Bereits jetzt investieren freiwillig engagierte Jugendliche und junge Erwachsene hunderte in ehrenamtlicher Arbeit geleistete Stunden, um sicherheitsrelevante Kurse anbieten und durchführen bzw. an diesen teilnehmen zu können.

### Antrag 2:

**Streichung von Art. 7 (WanderleiterIn als bewilligungspflichtige Risikoaktivität)**

### Begründung:

Der Geltungsbereich des Risikoaktivitätengesetzes ist auf Aktivitäten mit deutlichem Risiko, wie sie in Art. 1, Abs. 2 des Gesetzes definiert wurden, begrenzt werden. WanderleiterInnen sind von der Bewilligungspflicht zu befreien.

#### 1. Wanderleiter/Innen sind keine AnbieterInnen von „vergleichbaren“ Risikoaktivitäten

Das Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten nennt in Art. 1, Abs. 2 die WanderleiterInnen nicht explizit als Berufsgruppe. Insofern liegt es im Ermessen der Vollzugsverordnung, ein weiteres Berufsfeld dem Gesetz zu unterstellen. Die SAJV bezweifelt, dass die Vergleichbarkeit der WanderleiterInnen zu den anderen im Gesetz explizit genannten Risikoaktivitäten gegeben ist.

## 2. Besondere Stellung von natur- und erlebnispädagogischen Aktivitäten

Die Natur als Lern-, Bildungs- und Erholungsort soll weiterhin möglichst frei zugänglich sein und vor einer exzessiven Bewilligungspraxis geschützt werden. Schulen, soziale Institutionen wie Kinder- und Jugend- oder Behindertenheime, Pfadfinder- und Naturschutzgruppen, ornithologische Vereinigungen usw. sollen weiterhin draussen mit erlebnispädagogischen Methoden arbeiten können. Eine Bewilligungspflicht für diese Gruppen wäre unverhältnismässig und in der Praxis administrativ nicht zu bewältigen.

Für Ihre Kenntnisnahme danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

SAJV • CSAJ

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Tschöpe', with a long horizontal stroke extending to the left.

Andreas Tschöpe  
Geschäftsleiter